

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(48. - öffentliche - Sitzung am 19. Februar 2025)

#### Tagesordnung:

1. **Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag;  
hier: schriftlicher Bericht der ARD-Medienhäuser zur Information über ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage**

Unterrichtung durch die Landtagspräsidentin - [Drs. 19/4803](#)

Der Ausschuss berät über den Bericht und nimmt ihn zur Kenntnis.

2. **Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag;  
hier: Bericht an die Landesparlamente der NDR Staatsvertragsländer über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Norddeutschen Rundfunks 2024**

Unterrichtung durch die Präsidentin - [Drs. 19/5015](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:  
Abstrakte Normenkontrolle**

der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags,

**Dr. Bernd Althusmann, Jan Bauer, Anna Bauseneick u.a.**

Verfahrensbevollmächtigte:

Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion

Carina Hermann MdL, Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

**- Antragsteller -**

nach Art. 54 Nr. 3 NV und § 8 Nr. 8 NStGHG zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2023 und des Haushaltsbegleitgesetzes

wegen der Verletzung der Rechte der Mitglieder des Landtags gemäß Art. 12 und Art. 19 Abs. 2 S. 1 NV

**- StGH 1/24 -**

Diesen Punkt setzt der Ausschuss von der Tagesordnung ab.

4. **Unterstützung für Opfer bildbasierter sexualisierter Gewalt verbessern - spezialisierte Informationsangebote bereitstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5983](#)

Der Ausschuss schließt die Antragsberatung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: CDU*

*Abwesend: AfD*

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema: Neuausrichtung der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim. Welche Pläne hat die Landesregierung?**

In Abwesenheit des Ausschussmitgliedes der AfD-Fraktion nimmt der Ausschuss den Antrag einstimmig an.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu „den Hintergründen, dem aktuellen Sachstand und dem geplanten weiteren Vorgehen im Zusammenhang mit den unrechtmäßigen Zahlungen an den Rechtspfleger des Sozialgerichts“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Keine Wiederholungsgefahr nach mehreren Straftaten“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen.